

Demokratie durch Demoskopie?

Ein Gespräch zwischen Joachim H. Knoll und Elisabeth Noelle-Neumann

Der Göttinger Jurist Werner Weber hat schon in den fünfziger Jahren in einer Analyse unserer politischen Wirklichkeit geurteilt, daß der Bürger in großflächigen, demokratisch verfaßten Staaten mediatisiert sei. Das heißt, daß sich seine politische Rolle auf die Akklamation vorgefertigter Listen beschränke, daß ihm Räume fehlten, innerhalb deren er sein politisches Engagement praktizieren könne. Der Weg zurück zur plebiszitären, im individuellen Ausdruck gründenden Demokratie, zurück in die Überschaubarkeit und die bürgerliche Sachkompetenz ist verstellt. Unsere Verfassung hat zu Recht der repräsentativen Demokratie einen Zuschlag erteilt. Werner Weber konnte, als er seine Schrift über die Spannungen und Kräfte der bundesrepublikanischen Wirklichkeit vorlegte, noch nicht voraussehen, zu welchen Folgen das Votum für die repräsentative Demokratie führen werde. In der Gegenwart konkurrieren zwei Tendenzen. Auf der einen Seite, vielleicht zufolge der komplizierten Struktur, wird die repräsentative Demokratie verfestigt, die juristisch eingezäunte Sachkompetenz läßt dem spontanen Willen der Wahlbürger nur wenig Freiräume. Auf der anderen Seite regt sich politisches Bewußtsein in Form von Bürgerinitiativen innerhalb der Bezirke, in denen Überschaubarkeit vorhanden und demzufolge noch individuelle Sachkompetenz möglich ist. In diese Situation tritt nun die Sorge ein, daß der Bürger gar nicht mehr entscheidungsbefähigt ist, daß seine Wahl nicht mehr sachlich begründbar erfolge, daß er sich Parolen, Personen oder Prophetien anschließe, die seinem Bedürfnis nach Identifikation entsprechen. Kommt die Mutmaßung hinzu, daß er geneigt sei, sich erkennbaren Trends und Meinungen anzuschließen, gewissermaßen der Bürgerpathologie zu folgen, nach der man sich an der Mehrheitsmeinung zu orientieren und sich dem politischen Trend anzuschließen habe. An dieser Stelle wird dann wiederholt die Denunziation laut, daß gerade dieser Neigung die Demoskopie entspreche. Sie veranlasse durch Trendanalysen, durch Sympathiezahlen die große Masse der Unentschlossenen, sich mit der Mehrheit im Wahlverfahren zu solidarisieren, sie mache also Wahlen und Wahlergebnisse. Diese Annahme, daß Demoskopie die demokratischen Wahlentscheidungen maßgeblich beeinflusse, sei eine These, die ich Ihnen, Frau Professor Noelle-Neumann, zunächst vorlegen will. Ich darf unsere These wiederholen: Demoskopie beeinflusse maßgeblich demokratische Wahlentscheidungen und sie *mache* solchermaßen Wahl und Wahlergebnisse.

Noelle-Neumann: Ich glaube, daß diese Vorstellung zu einfach ist. Die Vorstellung, daß Wähler – vielleicht vor allem unentschlossene Wähler – in der Zeitung auf eine Prozentzahl stoßen, nach der die Mehrheit plant, SPD oder CDU zu wählen, und daraufhin selbst beschließen, sich für diese Mehrheitspartei zu entscheiden, diese Vorstellung enthält eine grobe Verkennung, wie wichtig den meisten Menschen ihre Stimmabgabe ist. Die Partei, zu der man sich bekennt, das ist oft eine über mehrere Generationen zurückgehende Familientradition, schon der Großvater war Sozialdemokrat oder ein Anhänger des Zentrums. Von solch einer Familien-

tradition abzukommen, braucht sehr kräftige Einflüsse, die gewiß nicht von einer Prozentzahl in der Zeitung ausgehen können. Oder: für viele ist ihre Entscheidung eine Frage ihrer Weltanschauung, beispielsweise ihres christlichen Bekenntnisses. Der Zusammenhang zwischen Konfession und Kirchenbesuch und der Stimmabgabe für CDU oder SPD ist auch heute noch sehr stark. Eltern, die beunruhigt sind über die Schulpolitik, beschließen, die Partei, die diese Schulpolitik deckt, nicht mehr zu wählen, wie man das etwa bei den letzten Landtagswahlen in Hessen beobachten konnte. Bedenken Sie, welche kraftvollen Motive in allen diesen Fällen die Entscheidung für eine Partei prägen. Der Gedanke eines bloßen demoskopischen Mitläufertums ist demgegenüber doch sehr blaß und unwirklich.

Übrigens ist auch folgendes zu bedenken: Bei uns in der Bundesrepublik, aber interessanterweise ebenso in England und in Frankreich, sind schon seit einigen Jahren die politischen Lager, die sich gegenüberstehen, etwa gleich stark. In dieser Situation kann auch die Demoskopie nur eben dieses Beinahe-Gleichgewicht bestätigen. Sie hat gar keine Gelegenheit, massivere Mehrheiten zu melden, die erforderlich sind, um Mitläuferbewegungen auszulösen. Und außerdem — ich würde immer denken, daß gegenwärtig vergessen wird, wie stark die Abneigung der meisten Menschen gegen Zahlen ist. Zahlen sind etwas Abstraktes. Viele Menschen sagen sogar mit besonderem Nachdruck: »Ich interessiere mich nicht für Mathematik«, oder: »Ich rechne nicht gern.« Das heißt, der Mensch hat ein sehr zwiespältiges, eher negatives Verhältnis zu Zahlen. Das überträgt sich auch auf die Demoskopie. Wir haben viel damit zu kämpfen, daß die Demoskopie, weil sie in Zahlen spricht, etwas Unsympathisches an sich hat.

Knoll: Man könnte natürlich auf der anderen Seite sagen, daß Zahlen eindeutig und daß sie handlicher zu verwenden sind als Wenn- und Aber-Sätze; das würde doch für die Zahl sprechen.

Noelle-Neumann: Die Aussagekraft der Zahl, ihre Beweiskraft, die Zahl als Argument — das ist sicher wirksam, wo das Rationale überwiegt. Ein Politiker, der sich informieren will, ein Vorstand, der ein Marktforschungsreferat hört, wird die Zahl als Informationsmittel schätzen, und Sympathie oder Antipathie gegenüber Zahlen werden in solcher Situation kaum eine Rolle spielen. Auch der Journalist wird den rationalen Gehalt einer Zahl wohl würdigen. Das ist aber eine ganz andere Welt als die Welt, in der die Bevölkerung über ihre Wahlentscheidung nachdenkt.

Ich möchte an dieser Stelle eine eigentümliche Beobachtung erwähnen, die wir vor allem im Wahlkampf 1965 und im Wahlkampf 1972 gemacht haben und die eigentlich klar widerlegt, daß Trends in der Stärke der Parteien durch Demoskopie ausgelöst werden. Wir pflegten etwa zwölf Monate vor einer Bundestagswahl zuerst und dann mit dem näherkommenden Wahltermin immer wieder die Frage zu stellen: »Wissen kann das natürlich niemand, aber was glauben Sie, wer die kommende Bundestagswahl gewinnt, wer die meisten Stimmen bekommt: die CDU oder die SPD?« Nun die eigentümliche Beobachtung: Sowohl 1965 wie 1972 änderten sich die Wahlabsichten der Bevölkerung über viele Monate hinweg gar nicht. Zugleich aber wuchs 1965 die Zahl derer, die einen CDU-Sieg erwarteten, immert weiter an, und umgekehrt verstärkten sich 1972, während die demoskopisch gemeldeten Parteilager gleich groß blieben, immer wieder die Erwartungen, die SPD werde siegen.

Wenn die demoskopisch gemeldete Stärke der Parteien gleich blieb, aber die Erwartung des Sieges einer dieser Parteien ständig zunahm, dann haben wir es doch eindeutig mit einem Trend zu tun, der nicht durch demoskopisch ermittelte und veröffentlichte Parteizahlen ausgelöst sein konnte. Wodurch also wurde er ausgelöst? Wir glauben heute, daß der einzelne ein sehr wachsendes Wahrnehmungsvermögen für ein vorherrschendes oder sich verstärkendes Meinungsklima hat. Er braucht dazu keine demoskopischen Prozentzahlen, die er aus der Zeitung entnimmt. Er spürt die Zuversicht, die unterschiedliche Kampfbereitschaft oder Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Sache bei einem der beiden Parteilager und eine gewisse Mutlosigkeit bei dem anderen, auch wenn zahlenmäßig die beiden Lager vielleicht gleich sind. Der einzelne beobachtet solche unterschiedliche Sicherheit und Zuversicht an seinem Arbeitsplatz im Gespräch mit den Arbeitskollegen, oder Eltern, die zusammenkommen zu einem Elternabend, machen derartige Beobachtungen oder Familienangehörige, die in ein politisches Gespräch geraten. Wir glauben zum Beispiel, daß über Weihnachten immer wichtige Meinungsbildungsprozesse stattfinden, da kommt die Familie nämlich mehr als sonst zusammen, und die Familienangehörigen mit Autorität – in bezug auf Politik – prägen dann, überzeugen andere Familienmitglieder. Und so bildet sich in Wirklichkeit die Meinung unter Menschen.

Knoll: Das würde natürlich voraussetzen, daß es die sprechende und gesprächige Familie noch gibt; ich beobachte dagegen, daß in der Gegenwartsfamilie weithin die Kommunikationsbezüge abgekappt sind und daß wir demzufolge eher mit zunehmender Sprachlosigkeit konfrontiert sind.

Noelle-Neumann: Aber es gibt doch Untersuchungen, nach denen Menschen im Durchschnitt pro Tag vier bis fünf Stunden sprechen – wieviel Zeit sie zuhören, wollen wir einmal offenlassen. Das sind Meßergebnisse, die in Amerika durch am Körper befestigte Instrumente aufgezeichnet wurden. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, wieviel unmittelbarer persönlicher Einfluß zwischen Menschen durch so viel Sprechen ausgeübt wird, dann wird vielleicht noch einmal ganz klar, wie leichtgewichtig vergleichsweise eine demoskopische Prozentzahl in der Zeitung sein muß.

Knoll: Vielleicht können wir nun, um unserem Gespräch einen weiteren Fortgang zu geben, einige systematische Überlegungen einbringen. Mir geht es zunächst um den historischen Aspekt unseres Themas. Ich habe aus der Literatur über Demoskopie gelernt, daß bereits am Ende des achtzehnten Jahrhunderts Umfragen angestellt wurden; es wird in der Literatur auch darauf hingewiesen, daß bereits am Ende des vorigen Jahrhunderts im Verein für Sozialpolitik unter maßgeblicher Beteiligung Max Webers Interesse an demoskopischen Techniken vorhanden gewesen sei. Ich meine, daß die Demoskopie aufgrund ihrer methodischen Sicherheit heute eigentlich nicht mehr der geschichtlichen Rückversicherung bedarf. Aber mir scheint doch der Hinweis wichtig, daß die deutsche Demoskopie wesentliche Anstöße durch amerikanische Vorbilder erfahren hat, und in diesem Zusammenhang wird stets darauf hingewiesen, daß Sie sich, Frau Noelle-Neumann, 1937/38 in den Vereinigten Staaten über die dort verwandten Techniken der Meinungsforschung informiert haben und daß die erste Publikation über Meinungsforschung Ihre, von Emil Dovifat betreute Dissertation »Amerikanische Massenbefragung über Politik und Presse« gewesen ist.

Die Frage, die sich hier stellt: Wie würden Sie in der Rückschau den Ertrag Ihrer Arbeit werten, und wie weit hat sich unsere Demoskopie von amerikanischen Vorbildern entfernt, geht andere Wege, hat sich von den Vorgaben emanzipiert?

Noelle-Neumann: Ich glaube, daß die Umstände für die Entwicklung der Meinungsforschung in Deutschland besonders günstig gewesen sind. Und zwar nicht nur, weil wir eine sehr frühe Tradition in Umfragen, in Meinungsforschung haben. Ich denke an die großen deutschen Umfragen in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, zum Beispiel eine Umfrage 1848 über die Lage der Landarbeiter in den ostelbischen Gebieten oder eine andere, 1875, über die Auswirkungen des Fabrikgesetzes zum Beispiel, ob die Vorschriften für die Lehrlingsausbildung dieses Fabrikgesetzes befolgt wurden. Diese großen Umfragen mit jeweils mehreren tausend Befragten sind später beinahe in Vergessenheit geraten. Sie werden aber in der Welt anerkannt und heute in Buchveröffentlichungen wieder bekannt gemacht, zum Beispiel in einem in den USA geschriebenen Buch über die Entwicklung der empirischen Sozialforschung in Deutschland zwischen 1848 und 1914. Leider gibt es dieses Buch noch nicht in deutscher Sprache.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wußte man dann über die deutsche Bevölkerung, wie sie dachte, was sie wollte, so wenig, daß allgemein ein Bedürfnis bestand, mit den neu entwickelten Methoden der Meinungsforschung diese Bevölkerung zu befragen, kennenzulernen. Nicht nur auf deutscher Seite bestand dieses Bedürfnis, bei deutschen Politikern. Sie wissen vielleicht, daß auch die Besatzungsmächte fast sogleich nach Kriegsende mit Repräsentativumfragen die Meinung der deutschen Bevölkerung erforschten. Ich selbst habe sofort im Sommer 1945 versucht, den Plan, den ich 1939 bei Abfassen meiner Dissertation gefaßt hatte – ich hatte 1938/39 als Studentin in den Vereinigten Staaten Material über Leserforschung und Meinungsforschung für diese Dissertation gesammelt –, zu verwirklichen und ein Institut für Meinungsforschung zu gründen.

Knoll: Wenn ich eine Frage dazwischenschieben darf – es ist einigermaßen verwunderlich, daß Sie sich im Jahre 1937/38 mit einer solchen Arbeit befassen konnten. In der Regel sind doch totalitäre Staaten wenig geneigt, Volkes Stimme in Reinkultur hören zu wollen. Hat es damals Auseinandersetzungen über Ihre Publikation gegeben, oder ist sie außerhalb des politischen Gespräches geblieben?

Noelle-Neumann: Nun, die hat es wohl gegeben, diese Auseinandersetzungen. Vielleicht ein Wort zur Entstehungsgeschichte dieser Doktorarbeit. Ich hatte das unerhörte Glück, als Studentin ein Stipendium für die Vereinigten Staaten zu bekommen, und das Thema meiner Dissertation, die ich drüben vorbereiten wollte, lautete: »Was tun die amerikanischen Zeitungen, um Frauen als Leserinnen zu fesseln?« Das ist eine unschuldige Aufgabe.

In den Vereinigten Staaten stellte ich bald fest, daß das Hauptmittel der Tageszeitungen, die Interessen der Leserinnen zu erkunden, Leserumfragen waren, und damit stieß ich auf die Meinungsforschung, die seit 1934 in dem von George Gallup gegründeten American Institute of Public Opinion Research schon eine feste Form gefunden hatte. Enthusiastisch wandte ich mich diesem neuen Gebiet zu. Für mich war die Meinungsforschung natürlich faszinierend, weil ich aus einem Land kam, in dem die öffentliche Meinung nicht ausgesprochen werden konnte. Ich war begeistert über eine Methode, die zeigen wollte, was die Menschen denken, und – muß ich im

Rückblick sagen – bemerkenswert arglos in dem Plan, das sei das richtige Thema für meine Doktorarbeit. Hier ist nun das große Verdienst meines Lehrers, Emil Dovifat, zu erwähnen, der natürlich keineswegs arglos und keineswegs naiv war, aber die Chance erkannte, daß dieses Thema – »Erforschung der öffentlichen Meinung«, mit meiner Arglosigkeit angepackt — auf diese Weise veröffentlicht werden konnte. Meine Arbeit enthielt nur am Anfang und am Ende ein paar Alibi-Bemerkungen, daß auch in der nationalsozialistischen Staatsform öffentliche Meinung eine große Rolle spiele, nur eben eine andere als im kapitalistischen Amerika. Innerhalb von acht Wochen wurden zweitausend Exemplare der Doktorarbeit verkauft – für eine Dissertation natürlich ganz unüblich. Der Verlag – übrigens der Frankfurter Verlag Moritz Diesterweg – wollte sofort eine Neuauflage drucken. Das wurde verboten.

Knoll: Ich meine, man kann einen ähnlichen Prozeß auch in der DDR feststellen. Für einige Zeit wurden dort Umfragen, soweit sie überhaupt angestellt wurden, nicht veröffentlicht, zumal wenn die Ergebnisse der offiziellen Meinung widersprachen.

Vielleicht können wir nun, ausgehend von solchen historischen Rückerinnerungen, einiges von Ihnen über das Instrumentarium erfahren, das heute den Demoskopien zur Verfügung steht. Es gibt in der Geschichte der Demoskopie einige klassische Belege für falsche und richtige Voraussagen; ich möchte nur ein Beispiel, das in der Literatur immer wieder genannt wird, erwähnen. Im Jahre 1936 prognostizierte George Gallup bei den Präsidentschaftswahlen exakt, während er bei der Präsidentschaftswahl 1948 auf den falschen Mann setzte. Abgehend von diesem konkreten Beispiel die Frage an den Experten: Wie kann der höchste Grad an Zuverlässigkeit erreicht werden? Ich kann natürlich nicht erwarten, daß Sie Ihre ganze Wissenschaft hier ausbreiten, aber vielleicht können Sie auf zwei Aspekte eingehen, nämlich auf den der Repräsentativität und auf den der Erstellung eines Fragebogens.

Noelle-Neumann: Entscheidend ist bei der Methode vor allem die Formulierung der Fragen und der Aufbau des Fragebogens. Das ist lange Zeit nicht klar gesehen worden. Übrigens auch in den Vereinigten Staaten nicht. Meine amerikanischen Kollegen geben heute auch zu, daß der Fragebogen in der wissenschaftlichen Arbeit allzusehr vernachlässigt worden ist. Man hat sich lange Zeit besonders stark mit dem repräsentativen Querschnitt beschäftigt, das heißt, der Frage: Wie müssen die Personen ausgewählt sein, die den berühmten Querschnitt der Zweitausend – wie es Paul Sethe einmal ausgedrückt hat – bilden? Es können übrigens auch tausend Personen sein, die man repräsentativ für das Interview auswählt, oder sogar fünfhundert.

Knoll: Darf ich mich an diesem Punkt einschalten, weil das wohl ein Aspekt ist, der von allgemeinem Interesse ist. Wie kommen eigentlich diese Zweitausend zustande? Jeder Laie, der von solchen Meinungsumfragen hört oder liest, fragt sich doch: Warum bin ich nicht dabei, wer vertritt mich eigentlich? In der Literatur wird deutlich gemacht, daß es zur Ermittlung der Repräsentativität mehrere Verfahren gibt.

Gehen wir aber von der Zahl Zweitausend aus – wie gelingt es Ihnen, zweitausend Personen zu ermitteln, die das Abbild unserer Gesellschaft ergeben?

Noelle-Neumann: Es gibt zwei verschiedene Verfahren. Ein Verfahren, bei dem der mathematische Zufall die entscheidende Rolle spielt. Es wird aus den Einwoh-

nermeldekarteen zum Beispiel jede hundertste Karte gezogen. Dann ist es nachweisbar so, daß der Zufall dafür sorgt, daß die so gezogenen Adressen zusammen einen repräsentativen Querschnitt umfassen. Nach eben solchem statistischen Zufallsverfahren werden auch die dreihundert bis vierhundert Orte ausgewählt, an denen im ganzen Bundesgebiet die Umfrage durchgeführt wird. Bei der Auswahl der Orte und bei der Auswahl der Haushalte oder Personen ist die Hauptsache, nach dem Grundgesetz zu verfahren, daß jeder Ort, jeder Haushalt, jede Person die gleiche statistische Chance haben muß, in die Auswahl zu kommen – ähnlich wie wenn bei einer Lotterie die Gewinnlose gezogen werden. Da möchte auch jeder Loskäufer sicher sein, daß er die gleiche Chance hat wie jeder andere Loskäufer, daß sein Los gezogen wird. Bei solchem Kartenziehverfahren ergibt sich also tatsächlich ein repräsentativer Querschnitt.

Knoll: Und das andere Verfahren?

Noelle-Neumann: Das andere Verfahren sieht so aus: Wir wissen, daß die Bevölkerung ab 16 Jahre zum Beispiel aus etwa 54 Prozent Frauen und 46 Prozent Männern besteht, oder daß zum Beispiel 18 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt sind. Wir kennen also die statistischen Proportionen der Bevölkerung, und nun werden die etwa 300 Interviewer, die bei einer Allensbacher Umfrage mit zweitausend Befragten mitwirken, angewiesen: »Befragen Sie 5 Frauen, 4 Männer, befragen Sie 3 unter 30 und 2 zwischen 30 und 45 und so fort, befragen Sie soundsoviel aus Arbeiterkreisen und soundsoviel aus der Berufsgruppe der Angestellten, und schließlich befragen Sie soundsoviel, die berufstätig, und soundsoviel, die nichtberufstätig sind. Das nennt man Quotenverfahren.

Knoll: Ich möchte hier noch eine Folgefrage anschließen: Wenn wir von diesem Sample von zweitausend Personen ausgehen – mit welcher Fehlerquote muß man dann gemeinhin rechnen? Das ist ja gerade im Hinblick auf Wahlprognosen wichtig zu wissen.

Noelle-Neumann: Die statistische Fehlerquote beträgt in so einem Fall etwa zwei Prozent, ein bis zwei Prozent. Wir können zum praktischen Nachweis auch die fünf Allensbacher Wahlprognosen heranziehen, die das demonstrieren. Diese Prognosen stützten sich auf jeweils ungefähr 1 600 bis 1 800 Befragte. Und die fünf Wahlprognosen von 1957 bis 1972 – alle vor dem offiziellen Wahlergebnis, also vor der ersten Auszählung veröffentlicht – zeigen eine durchschnittliche Abweichung vom echten Wahlergebnis von unter ein Prozent. Die größte Abweichung, die für irgendeine der prognostizierten Parteien auftrat, betrug 1,9 Prozent.

Knoll: Nach diesen grundsätzlichen und methodischen Überlegungen möchte ich noch einmal auf Aspekte der Kritik zu sprechen kommen. Ich darf eine Kritik am Beispiel vorführen, wobei ich auch auf die Arbeit des von Ihnen geleiteten Instituts in Allensbach sehe. Die massivste Kritik an der Demoskopie wurde nach der Bundestagswahl 1965 laut. Noch kurz vor der Wahl veröffentlichte Allensbach ein Umfrageergebnis, demzufolge die Wahl in einem Kopf-an-Kopf-Rennen entschieden würde. Sie erklärten noch kurz vor der Wahl, Sie würden sich nicht wundern, wenn die SPD das Rennen machte. Tatsächlich sah das Wahlergebnis 1965 dann so aus: 47,6 Prozent CDU/CSU und SPD 39,3 Prozent. Am Abend der Wahl legten Sie dann die tatsächlich von Ihrem Institut erhobenen Daten vor. Ihre Prognose unterschied sich nur geringfügig vom tatsächlichen Wahlergebnis. Sie hatten prognostiziert, daß die CDU/CSU 47,6 Prozent und die SPD 39,3 Prozent erhalten würde.

stiziert: CDU/CSU 48,5 Prozent gegenüber tatsächlichen 47,6 Prozent, SPD 38,5 Prozent gegenüber 39,3 Prozent. Dieser Vorgang erregte damals erheblich die Gemüter und veranlaßt auch heute noch zu der Frage, in welchem Maß demoskopische Umfrageergebnisse das Wählerverhalten beeinflussen. Wir hatten über diese Frage eingangs schon kurz gesprochen. Es mag sein, daß ich den Vorgang nicht exakt rekapituliert habe; aber kann es nicht sein, daß die These vom Kopf-an-Kopf-Rennen 1965 viele Wähler in traditionell CDU/CSU-nahen Gemeinden motiviert hat, an die Wahlurnen zu gehen? Meine Frage zielt nicht so sehr auf das konkrete Beispiel, auf das Sie sicher gern eingehen wollen, meine Frage lautet allgemeiner: Kann die Demoskopie nicht zumindest einen Mitläufereffekt in eine Richtung lenken, der für den Wahlausgang entscheidend werden kann?

Noelle-Neumann: Ich würde doch sagen, Herr Knoll, daß diese Frage sehr interessant ist, und zwar in prinzipieller Hinsicht. Die Situation 1965 war nämlich das Ergebnis einer, ich würde sagen – verfehlten – Geheimhaltungspolitik, wie sie die ganzen sechziger Jahre hindurch immer wieder gefordert worden ist. Weil die Befürchtung bestand, demoskopische Ergebnisse könnten das Wählerverhalten beeinflussen, wurde von unserem Verband, dem Arbeitskreis deutscher Marktforschungsinstitute, und von Politikern und Journalisten gefordert, unmittelbar vor Wahlen sollte man demoskopische Ergebnisse überhaupt nicht mehr bekanntgeben. Also Geheimhaltung.

Knoll: Liegt da nicht doch eine unterschwellige Befürchtung vor, man möchte einen solchen Mitläufereffekt ausschalten.

Noelle-Neumann: Ja, sicher. Ich würde sagen, das war der Grund. Aber was war der Effekt? Wir haben uns den überall erhobenen Forderungen damals gefügt, und, um ganz sicherzugehen, haben wir sechs Wochen vor der Bundestagswahl 1965 aufgehört, Fragen zur Wahlabsicht zu stellen. Das heißt, wir verfügten selbst nicht über irgendwelche neueren Ergebnisse, wie sich die Wahlabsichten der Bevölkerung nach dem 10. August 1965 weiterentwickelt hatten. Erst kurz vor dem Wahltermin – 19. 9. 1965 – setzten wir wieder mit der Umfrage ein, die die Grundlage unserer Prognose bilden sollte. Als wir unsere Umfragen zum Thema Bundestagswahl Anfang August eingestellt hatten, lagen CDU/CSU und SPD Kopf an Kopf, dies war die letzte Information, die wir veröffentlichten, und auch die letzte Information, die wir bis wenige Tage vor der Wahl selbst besaßen. Das eben von Ihnen erwähnte, kurz vor der Wahl veröffentlichte Interview, das mich in der Überschrift zitierte: »Ich würde mich nicht wundern, wenn die SPD gewänne«, ja, das lag bei dem betreffenden Journalisten drei Wochen in der Schublade.

Da keine neuen Informationen zu erwarten waren, fand er es spannender, dieses Manuskript in der letzten Woche, erst in der letzten Nummer der »Zeit« vor der Wahl ans Tageslicht zu bringen. Allerdings leider mit einer dreispaltigen Schlagzeile, die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr stimmte. Zu einer solchen Situation wäre es nie gekommen, wenn laufend neue Umfragen durchgeführt und auch veröffentlicht worden wären. Wir sollten daraus eine Lehre ziehen. Wir selbst kamen damals in eine ausweglose Lage. Als wir mit der kurz vor der Wahl abgeschlossenen Umfrage feststellten, daß sich die Wahlabsichten entscheidend verändert hatten und einen klaren CDU-Sieg signalisierten, konnten wir – wie beim Mühle-Spiel – genau absehen, daß uns Vorwürfe gemacht werden würden, egal, wie wir reagieren, wie

wir ziehen würden. Hätten wir kurzfristig die Zahlen, die wir dann als Prognose hinterlegten, bekanntgegeben, so wäre uns mit Sicherheit die Absicht einer Wahlmanipulation zugunsten der CDU vorgeworfen worden, Erzeugung eines Trends. Würden wir schweigen, keine Information über die veränderte Stimmung der Wähler bekanntgeben, würden uns ebenfalls Vorwürfe gemacht werden wegen Irreführung der Öffentlichkeit, der noch immer unsere Kopf-an-Kopf-Resultate von Anfang August vorgesetzt wurden. Schließlich beschlossen wir, bei der einmal gemachten Ankündigung zu bleiben und bis zu dem Zeitpunkt, wo die Wahl vorbei war, nichts bekanntzugeben. Was uns das an Vorwürfen eingetragen hat, wissen Sie.

Knoll: Darf ich zum Schluß noch einen Gedanken zur Diskussion stellen: Kann es nicht sein, daß kommerzielle Unternehmen, und das sind ja demoskopische Institute, versuchen, im Geschäft zu bleiben und dann bei Befragungen Formen und Themen wählen, durch die die Auftraggeber nicht verärgert werden? Ich will nicht von Manipulationen sprechen, und ich weiß auch, daß das Instrumentarium zuverlässig eingesetzt wird, aber es scheint mir nicht abwegig, so etwas wie eine Anpassungsmentalität zu vermuten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die Frage aufwerfen, was denn der Hinweis auf Verbindungen einschließt, die einzelnen Instituten nachgesagt werden; so wird das Infas-Institut als SPD-nahestehend charakterisiert, und in bezug auf Allensbach wird gesagt, daß Sie nicht gerade ein sehr distanziertes Verhältnis zur CDU hätten. Wird nicht einmal durch diese Zuordnung der Mutmaßung Raum gegeben, es könne eine Anpassungsmentalität vorhanden sein, und wird zum zweiten nicht hinter die Glaubwürdigkeit der Institute ein Fragezeichen gesetzt?

Noelle-Neumann: Ich halte diesen Punkt für sehr ernst. Ich glaube, daß die immer wieder auftauchenden Hinweise »das der CDU nahestehende Allensbacher Institut« allein die Absicht haben können, unsere Ergebnisse als unglaubwürdig erscheinen zu lassen, gefärbt zugunsten der CDU. Die Tatsachen selbst sind klar genug. Von je 100,- DM, die das Allensbacher Institut verdient, kommt weniger als eine DM von der CDU. Wir haben eine nach politischen Richtungen gemischt zusammengesetzte Mitarbeiterschaft, im Allensbacher Institut sind alle politischen Richtungen vertreten. Wenn wir eine Fragebogenkonferenz abhalten, dann sind vorsätzlich Mitarbeiter aller politischen Richtungen beteiligt, weil wir glauben, daß nur so die Fragen wirklich neutral formuliert werden und nur so wirklich zuverlässige Ergebnisse erzielt werden können. Wir glauben, daß ein Institut, das für eine Partei arbeitet, ob es will oder nicht, beim besten Bemühen eine bestimmte Färbung einfach übernehmen muß. Das ist meiner Ansicht nach unvermeidlich.

Knoll: Wir wissen natürlich, daß nach wie vor ein Rest an Unbehagen gegenüber dem Herrschaftswissen bleibt, das den Demoskopern nachgesagt wird. Am Ende unserer Überlegungen sollte ein Wort des Publizisten Paul Sethe stehen, das er im Hinblick auf die Demoskopern formulierte, die er Garanten für die Wiederherstellung der Demokratie nannte: »Unsere neuen Herren, über die viele Beobachter so wütend sind, sind in Wirklichkeit das Volk. Ein guter Demokrat sollte diese Herrschaft nicht beklagen.«